

Vorwärts: Nordrhein-Westfalen

Regional

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Susanna Weineck

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

die neue Regierung in Berlin hat ihre Arbeit aufgenommen. Mit drei sozialdemokratischen Ministern aus Nordrhein-Westfalen ist die NRWSPD glänzend im neuen Kabinett vertreten. Wir wünschen Franz Müntefering, Peer Steinbrück und Ulla Schmidt viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen und schwierigen Aufgabe in Berlin.

Die Große Koalition war sicher nicht unser Ziel bei der letzten Bundestagswahl. Und viele tun sich mit der neuen Konstellation schwer. Aber zur Regierung aus CDU/CSU und SPD gibt es keine überzeugende Alternative. Deutschland benötigt angesichts der vor uns liegenden Aufgaben Stabilität und Verlässlichkeit.

Keine Schonzeit für Rüttgers

Häufig werde ich gefragt, welche Auswirkungen die Große Koalition auf die Landespolitik haben wird. Meine Antwort ist klar: In Düsseldorf haben uns die Wählerinnen und Wähler eindeutig die Oppositionsrolle zugewiesen. Das bedeutet, wir werden die neue Landesregierung nicht schonen!



Im Berliner Koalitionsvertrag ist die sozialdemokratische Handschrift deutlich erkennbar. Bei den Arbeitnehmerrechten, in der Energie- und in der Familienpolitik sowie auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung haben wir unsere Vorstellungen weitgehend durchsetzen können. Nicht zuletzt deshalb ist der Vertrag vom Parteitag in Karlsruhe mit überwältigender Mehrheit gebilligt worden.

Natürlich mussten wir auch Zugeständnisse machen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer stand nicht in unserem Wahlmanifest. Aber: Wir verfügen in Berlin leider nicht über die absolute Mehrheit. Und Kompromisse gehören nun einmal zum Wesen einer jeden Koalition. Unter dem Strich bleibt fest-

zuhalten: Ein Bündnis aus Union und FDP hat vom Wähler eine klare Absage erhalten. Die Menschen wollten keine radikale Reformpolitik, sie wollten eine Politik, die beides zum Ziel hat: Wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt. Dafür steht die SPD.

Hinter uns liegen Wochen, die unsere Partei aufgewühlt haben. Nicht zuletzt die Umstände, die zum Verzicht Franz Münteferings auf das Amt des Parteivorsitzenden geführt haben, waren in unseren Reihen umstritten. Ich bedaure sehr, dass Franz Müntefering auf eine erneute Kandidatur verzichtet hat. Er war ein umsichtiger, kluger und beliebter Parteichef. Und nicht zuletzt: Er stammt aus Nordrhein-Westfalen.

Aber die Partei musste mit der Entscheidung von Franz Müntefering umgehen. Die SPD hat rasch gehandelt und mit Matthias Platzeck haben wir nun einen hervorragenden Mann an der Spitze der Partei. Beim Auftritt bei der NRW-Delegation auf dem Parteitag in Karlsruhe hat er sich viele Sympathien erworben. Wir werden ihn und seine Arbeit unterstützen.

Euer

Jochen Dieckmann



Der SPD-Landesverband NRW hat seine Auszubildenden nach Karlsruhe eingeladen. Vier von ihnen haben die Chance wahrgenommen, einmal mitzuerleben, wie ein Bundesparteitag abläuft. Spannend fanden sie, die vielen Prominenten hautnah zu erleben. Aber auch die Informationen der Parteigliederungen zum Wilhelm-Dröschner-Preis waren für sie sehr interessant. Nach drei anstrengenden Tagen in Karlsruhe waren sie zwar müde, aber auch sehr glücklich.

Die Azubis Benjamin Mikolajewski, Desiree Thiele, Richard Luckau und Miriam Schnarkowski (von links) mit dem Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann (Mitte).

Die NRWSPD trauert um

Hermann Heinemann

* 24. Juni 1928
in Dortmund

† 15. November 2005
in Iserlohn

Mit Hermann Heinemann verlieren wir einen Menschen, der die Geschicke unseres Landes entscheidend mitbestimmt und geprägt hat. Wir verlieren einen politischen Weggefährten und einen Freund, dessen Rat und Meinung stets wichtig waren.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir blicken mit Respekt auf die Lebensleistung von Hermann Heinemann und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zukunftskonvent der NRWSPD

Ein gelungener Auftakt zur „Leitbild“-Diskussion der Landespartei

Oberhausen. Rund tausend Teilnehmer folgten der Einladung der NRWSPD zum Zukunftskonvent in die Zinkfabrik Altenberg. Dort fand am 5. November eine lebhafte Diskussion über wichtige Zukunftsthemen unseres Landes und die Ziele sozialdemokratischer Politik statt. Ein gelungener Aufschlag für die „Leitbild“-Diskussion der Landespartei, die 2009 und 2010 in Nordrhein-Westfalen wieder die Wahlen gewinnen will.



Es war der Beginn einer Debatte, die bis zum Parteitag der NRWSPD im Frühjahr landesweit, in allen Unterbezirken, fortgeführt wird. Dem Parteitag werden im April 2006 „Leitbilder“ zum Beschluss vorgelegt, die dann die Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der NRWSPD in den kommenden Jahren bilden werden.

Große Resonanz beim Publikum hatten zuletzt bereits Veranstaltungen wie der Bildungskongress oder der Kommunkonvent der NRWSPD gefunden. Die Resonanz auf den Zukunftskonvent belegt: Das Interesse an inhaltlichen Debatten in der NRWSPD ist enorm hoch. Eilig mussten in Oberhausen ganze Stuhlreihen herbeigeht werden, da die Organisatoren nicht mit solchem Zulauf gerechnet hatten. Und schon gibt es die Überlegung, den „Konvent“ zur regelmäßigen Einrichtung zu machen.

Ein breites Themenspektrum stand in Oberhausen auf der Tagesordnung. In vier Foren (siehe Kasten unten) wurde diskutiert über Wirtschafts- und Stand-

ortpolitik in Nordrhein-Westfalen, soziale Integration in den Städten, über grundlegende Fragen wie das Verhältnis zwischen engagierter Bürgergesellschaft und partnerschaftlichem Staat. Auch die Grundwerte sozialdemokratischer Politik und die Anforderungen an ein modernes Grundsatzprogramm der SPD fanden breiten Raum.

Die NRWSPD sucht den gesellschaftlichen Dialog

„Will die NRWSPD die kommenden Landtagswahlen gewinnen, muss sie sich mit den Ursachen für den Machtverlust beschäftigen“, sagte Jochen Dieckmann zu Beginn des Konvents. Die Niederlage bei der Landtagswahl habe das Bewusstsein dafür geschärft, dass Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.



„Wir werden deshalb noch stärker als bisher den Dialog mit Vereinen, Verbänden und Institutionen pflegen“, so der Landesvorsitzende der NRWSPD. Der Zukunftskonvent war in diesem Sinne ein geglückter Auftakt, denn neben Hunderten von SPD-Mitgliedern kamen auch Gewerkschaftsmitglieder, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Universitäten, Wohlfahrtsverbänden, um hier nur einige zu nennen.

Offene Diskussion

Offen und durchaus kontrovers war dann auch die Diskussion in den vier Themenforen. In einem wegen der Unruhen in den französischen Vorstädten überraschend aktuellen Forum zum Thema „Städte brauchen soziale Stabilität“ wurde die Situation in den „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ beleuchtet. Das in Nordrhein-Westfalen von Sozialdemokraten ent-

wickelte Projekt der Förderung benachteiligter Stadtteile wurde grundsätzlich als richtig beurteilt. Allerdings, so die stellvertretende Landesvorsitzende Britta Altenkamp, verfestigte sich aufgrund unzureichender Ausbildung die soziale Benachteiligung vieler Menschen, besonders von Mitbürgern mit Migrationshintergrund. Hier gelte es, „die bisherigen Strategien unserer Politik weiter zu entwickeln“, sagte Britta Altenkamp.

Um Abhilfe zu schaffen, müssten auch neue Ansätze in der Kommunalpolitik gefunden werden, forderte Frank Baranowski, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen. Bisher sei noch nicht „in den Köpfen“, dass sich städtische Verwaltungen umorientieren müssten, weg vom Gießkannenprinzip, hin zu einer gezielten finanziellen Förderung einzelner Stadtteile. Baranowski ermutigte zu Entscheidungen nach dem Motto „Ungleiches ungleich behandeln“.

Welche Rolle spielt der Staat?

Einig war man sich, dass Problemstadtteilen nur geholfen werden kann, wenn Politiker sich ständig ein Bild von der Situation der Menschen in ihren Wohnvierteln machen. Sozialdemokraten müssten sich einmischen. Hier verbiete sich der „Rückzug des Staates.“

Die Forderung nach einer starken Rolle des Staates machte sich selbst Markus Klimmer, Partner bei McKinsey, zu Eigen. Im Forum „Engagierte Bürgergesellschaft – Partnerschaftlicher Staat“ vertrat Klimmer den Standpunkt,

dass es ein „naiver Kinderglaube“ sei zu meinen, man könne alle öffentlichen Aufgaben privatisieren. Politiker sollten sich kein „neoliberales Weltbild aufpressen lassen“. Stattdessen müsse der Staat in die Rolle versetzt werden, aktivierend zu wirken. Klimmer entwarf dafür den Begriff der „Hochleistungsverwaltung“. ■

Beim Zukunftskonvent

wurde in vier Foren diskutiert

Forum 1: Engagierte Bürgergesellschaft – Partnerschaftlicher Staat

Leitung: Birgit Fischer, stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD

Forum 2: „Besser statt billiger“ – So kann NRW seine Stärken nutzen

Leitung: Karl Schultheis, stellvertretender Vorsitzender der NRWSPD

Forum 3: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Leitung: Dr. Karsten Rudolph, stellvertretender Vorsitzender der NRWSPD

Forum 4: Städte brauchen soziale Stabilität

Leitung: Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD

„Ich war in vielen Podiumsdiskussionen, ich habe noch nie ein so aktives Publikum erlebt. Die Partei hat offensichtlich ein richtiges Instrument gefunden, um solche Themen in angemessener Weise anzusprechen.“

(Wolfgang Stadler, Geschäftsführer der AWO-Ostwestfalen-Lippe)

Britta Altenkamp, kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion:

Späte Einbringung des Haushaltes 2006 gefährdet soziale Einrichtungen

Die schwarz-gelbe Landesregierung stellt zurzeit den Entwurf des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2006. Angesichts der im CDU-FDP-Koalitionsvertrag vereinbarten und in der Regierungserklärung bekräftigten Absicht, sämtliche Förderprogramme um bis zu 20 Prozent zu kürzen, ist bei den Trägern sozialer Einrichtungen eine große Unsicherheit entstanden. Keiner weiß, welche Konsequenzen diese Ankündigungen für sie haben werden. Der Haushaltsentwurf wurde bisher dem Parlament noch nicht vorgelegt und wird nicht vor Februar 2006 erwartet. Nach neuesten Informationen aus der Landesregierung ist mit einer Verabschiedung des Haushaltes erst vor der nächsten Sommerpause zu rechnen.

Bereits in den letzten Jahren war es leider vielfach notwendig, dass die Träger sozialer Einrichtungen vorsorglich

Kündigungen zum Ende des Jahres gegenüber Teilen ihres Personals aussprechen mussten, um nicht arbeitsrechtliche Fristen zu versäumen. Wenn vor Ablauf des Jahres der Haushaltsentwurf für das Folgejahr vorgelegt würde, hätten die Träger jedoch die entsprechende Planungssicherheit und könnten ihr Personal weiterbeschäftigen. Diese Planungssicherheit wird es für das Haushaltsjahr 2006 nicht mehr geben. Damit sind zahlreiche soziale Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet. Betroffen sind u.a.:

- **Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen,**
- **Strafgefangenenbetreuungsvereine und Bewährungshilfevereine,**

- **Drogen- und Suchthilfe-Beratungsstellen,**
- **AIDS-Beratungsstellen,**
- **Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen und**
- **Erziehungs- und Familienberatungsstellen.**

In Konsequenz dieser kurzsichtigen Haushaltspolitik von CDU und FDP wird deshalb das Wegbrechen ganzer Hilfe- und Unterstützungsstrukturen in allen Förderbereichen billigend durch die Landesregierung in Kauf genommen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat dazu einen Antrag beschlossen und fordert die Landesregierung auf, den Entwurf



des Haushaltes 2006 noch vor Ablauf des Jahres 2005 in den Landtag einzubringen. Außerdem soll sie darlegen, welche Empfehlungen und Hilfestellungen sie den Trägern gibt, um in dieser Entwicklung Rechtssicherheit zu erlangen. Nur so kann ein vorzeitiges Scheitern der Projekte verhindert werden und wirksame Strukturen bleiben erhalten. ■



Peer Steinbrück verabschiedete sich von der Landtagsfraktion.

Auf Peer Steinbrück folgt Gerd Stüttgen

Einen Tag vor seiner Vereidigung als Bundesfinanzminister hat der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück sein Mandat als SPD-Landtagsabgeordneter niedergelegt. „Das ist mir schwer gefallen“, sagte der 58-jährige bei seiner letzten Sitzung im Düsseldorfer Landtag. „Mein Herz

schlägt für Nordrhein-Westfalen.“ Auch als Bundesfinanzminister werde er mit Blick auf NRW „wenigstens auf die Balance achten“. Steinbrück erinnerte daran, dass die Bedeutung des Landes in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundespolitik nicht immer angemessen berücksichtigt worden

sei. Hannelore Kraft, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, verabschiedete Peer Steinbrück mit Wehmut und einem dicken roten Blumenstrauß. Er habe das Land mitgeprägt und wichtige Schritte eingeleitet, sagte Kraft.

Als Nachrücker für Peer Steinbrück erhält nun der 39-jährige Diplom-Volkswirt Gerd Stüttgen ein Landtagsmandat im Düsseldorfer Parlament. Der gebürtige Arnsberger ist mit dem Listenplatz 45 der erste Nachrücker der SPD-Landesliste. Der Partei gehört Gerd Stüttgen bereits seit über 22 Jahren an. Seinen Beruf übte der Verwaltungsfachmann bei der Bezirksregierung Arnsberg aus. ■



Rückt nach: Gerd Stüttgen

SPD-Fraktion beschließt Enquête-Kommission „Chancen für Kinder“

„Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ ist der Titel einer neuen Enquête-Kommission, deren Einrichtung die SPD-Landtagsfraktion beschlossen hat. Sie ist die zweite im Düsseldorfer Parlament in dieser Legislaturperiode und hat das Ziel, notwendige Elemente einer verlässlichen Betreuungskette vom ersten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I darzustellen und die Aufgabenverflechtung und Ressourcenverteilung zwischen Land, Kommunen, Trägern und Familien aufzuarbeiten. Außerdem soll sie verschiedene Möglichkeiten der Steuerung und die damit verbundenen Finanzierungsmodelle darstellen, sowie der Politik entsprechende Handlungsempfehlungen für einen effizienten und zielgerichteten Mitteleinsatz unterbreiten.

Als Ausgangspunkt für die Überprüfung konkreter Alternativen zu den bestehenden Angeboten soll die Kommission eine sorgfältige Bestandsaufnahme und Analyse der Bevölkerungsentwicklung der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2020 bezogen auf die einzelnen Städte und bis 2040 landesweit durchführen. Darüber hinaus sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Finanzströme in der Familien- und Bildungspolitik auf kommunaler und landespolitischer Ebene beschrieben werden. ■